

Thema: Finanzdienstleistung

Wie sehen Sie die zukünftige Entwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und wie stehen Sie zum Erhalt der Privaten Krankenversicherung (PKV), wenn Sie die Regierungsverantwortung übernehmen?

Die Diskussionen in den zuständigen Fachgremien gehen davon aus, dass das System der gesetzlichen Krankenversicherung sich in den vergangenen Jahrzehnten trotz vieler Herausforderungen bewährt hat. Auf der Einnahmeseite wird die Verbreiterung der Beitragsbasis diskutiert, d.h. auch die Einbeziehung weiterer Einkommensarten. Eine Abschaffung der Gesetzlichen Krankenversicherung wurde nicht erwogen, dafür dürfte es auch künftig keine Mehrheiten bei den PIRATEN geben. Einem Ausbau von Transparenz und einer stärkeren Beteiligung von Patienten und Versicherten an den Entscheidungen der Selbstverwaltung stehen die PIRATEN positiv gegenüber.

Die Private Krankenversicherung als Vollversicherungsangebot muss sich im Wettbewerb mit der Gesetzlichen Krankenversicherung behaupten können. Es sieht nicht danach aus, dass sie dazu in der Lage ist, ohne den Versicherten teilweise horrende Beitragssteigerungen vor allem in fortgeschrittenem Alter zuzumuten. Da sie und ihre Eigentümer dabei keine soziale Verantwortung jenseits gesetzlicher Pflichten gezeigt haben, war es mehrfach nötig, dass der Gesetzgeber sich des Schutzes der Versicherten annahm. Dieser Schutz ist sicherlich ausbaufähig, dafür dürfte es bei den PIRATEN eine Mehrheit geben. Fehlanreize bei den Leistungserbringern in der Krankenversorgung durch höhere Leistungsvergütung gegenüber der GKV sollen durch geeignete Vorgaben vermieden werden.

Die Finanzierung des Gesundheitssystems betrachten wir als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher sehen wir in der Einbeziehung sämtlicher Bürgerinnen und Bürger in die Sozialversicherung unter Berücksichtigung möglichst aller Einkommensarten ein sinnvolles Modell zur Finanzierung dieses Systems. Wir erkennen allerdings die Einschränkungen der Wahlfreiheit in dieser Art der Finanzierung für Bürgerinnen und Bürger sowie die Anbieter privater Krankenversicherungen an und verstehen ihre Bedenken. Daher setzen wir uns für einen Volksentscheid ein, um einen gesellschaftlichen Konsens in dieser wichtigen Frage des gemeinschaftlichen Zusammenlebens zu erreichen

Wie beurteilen Sie die Gefahr steigender Altersarmut? Was halten Sie für sinnvolle Maßnahmen zum Gegensteuern (Rentenreformen, Nullrunden, Privatvorsorge)

Wir Piraten setzen uns für eine nachhaltige Bekämpfung der Altersarmut, die direkte Folge der über Jahrzehnte verfehlten Rentenpolitik ist, ein. Auch für das langfristige Ziel eines bedingungslosen Grundeinkommens wird das Rentensystem angepasst. Jeder Rentner soll im Alter eine Mindestrente erhalten, welche eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Deshalb muss das bisherige Rentensystem so umgestaltet werden, dass die zukünftigen Rentner wieder von einer sicheren Rente im Alter ausgehen können. Um diese Ziele zu erreichen, muss das Rentensystem so umgestaltet werden, dass die Einnahmebasis verbreitert und die Stärkeren sich angemessen mit Beiträgen an der Rentenversicherung beteiligen.

Grundsätzliche Vorgehensweise zur Grundrente:

Alle bestehenden Rentensysteme, berufsständische Versorgungssysteme und Pensionen im öffentlichen Dienst werden zu einer Rentenkasse zusammengeführt. Alle steuerpflichtigen Einkommen und Kapitalerträge werden zur Zahlung von Rentenbeiträgen verpflichtet. Keine Berufsgruppe wird ausgenommen, die Beitragsbemessungsgrenze soll entfallen. In die Rentenkasse zahlen alle in Deutschland lebenden Menschen einkommensabhängig ein. Langfristiges Ziel soll die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) sein. Daraus resultierend wären die Überlegungen zur Mindestrente nicht mehr zu verfolgen, weil das BGE genau das ja sicherstellen soll. Das Rentensystem braucht dann sogar weniger Einnahmen (wenn auch sinnvollerweise von einer verbreiterten Basis), weil ja nur die Rentenbeträge oberhalb des BGE finanziert werden müssen.

Die Beiträge von Selbstständigen werden sich an ihren jeweiligen Unternehmenszahlen orientieren, sodass diese in ihrer Existenz nicht gefährdet werden.

Die Rentenbezüge bewegen sich in einem Korridor von Mindest- bis Maximalrente. Die Renten werden jährlich um einen Faktor, der die Inflationsrate berücksichtigt angepasst. Dieser Faktor berücksichtigt außerdem die Änderung weiterer Kosten, wie zum Beispiel Gesundheitskosten. Die staatliche Rentenkasse verwaltet sich eigenverantwortlich, ohne direkten Zugriff durch den Staat. Der Staat schafft den gesetzlichen Rahmen. Die Rentenkasse ist für die Rente zweckgebunden!

Transparenz bei der privaten Altersvorsorge:

Die Piratenpartei setzt sich für klar nachvollziehbare Kostenstrukturen bei den privaten Rentenversicherungen ein: Die effektiv anfallenden Kosten und Gebühren einer privaten Rentenversicherung sind als Summe aller Einzelposten in der Gesamtlaufzeit, welche von den Versicherten an nichtstaatliche Versicherungsunternehmen zu zahlen sind, direkt neben der zu erwartenden Ablaufleistung (Auszahlungssumme) im Versicherungsangebot sowie in der Versicherungspolice auszuweisen. Der Versicherungsberater hat auf die Gebühren im Gespräch explizit hinzuweisen. Der spekulative Charakter der ausgewiesenen potenziellen Ablaufleistung ist klar darzustellen. Im Beratungsgespräch sowie in den Angebots- und Vertragsunterlagen muss deutlich darauf hingewiesen werden, dass möglicherweise die garantierten Werte nicht signifikant überschritten werden.

Welche stärkenden Maßnahmen sehen Sie -ergänzend zur ersten Säule, der GRV - für die 2. Säule der Altersvorsorge (Riester und betriebliche Altersvorsorge)?

Der Gesetzgeber hat im Jahre 2004 das GKV-Modernisierungsgesetz (GMG) beschlossen, wodurch auf die Kapitalauszahlung einer betrieblichen Altersvorsorge in Form einer kapitalgebundenen Direktversicherung der volle Sozialversicherungsbeitrag der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung durch den Versicherten zu entrichten ist (§ 248 Satz 1 SGB V i.d.F. von Artikel 1 Nr. 148 GMG). Diese Beitragspflicht wurde damit auf Einmalleistungen aus einer Kapitallebensversicherung ausgeweitet und zwar auch rückwirkend auf sog. Altverträge.

Somit ergibt sich bei einer einmaligen Auszahlung von 100.000€ aus einer Direktversicherung und dem aktuellen Beitragssatz von 15,5% (Krankenversicherung) und 2,2% (Pflegeversicherung) ein Beitrag von 17.700€. Betroffene müssen in Folge dessen 10 Jahre lang 147,50€ pro Monat Beiträge an die Krankenkasse entrichten.

Die Piratenpartei sieht durch die rückwirkende Beitragspflicht für Altverträge den Vertrauens- und Bestandsschutz für die Verträge missachtet. Dazu hat der Arbeitgeber keine Sozialversicherungsbeiträge für die Beiträge während der Ansparphase bezahlt.

Wir fordern, dass die Beitragspflicht zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung für Altverträge wieder komplett aufgehoben wird.

Die Piraten setzen sich generell für die Einführung einer Informationspflicht gegenüber den Versicherten vor dem Vertragsabschluss einer betrieblichen Altersvorsorge ein. Staat und Versicherungsunternehmen sollen über die Beitragszahlungen im Alter transparent und umfassend informieren.

Insgesamt sollte eine Neuregelung der betrieblichen Altersvorsorge mit klaren und transparenten Regeln erfolgen. Die derzeitige Regelung, dass Verträge steuerlich gefördert werden, im Alter jedoch die Sozialversicherungspflicht voll greift, macht die betriebliche Altersvorsorge oft zu einem Verlustgeschäft, fördert stattdessen die private Versicherungswirtschaft und begünstigt vor allem die Arbeitgeber. Außerdem verringern sich durch die betriebliche Altersvorsorge die Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung, was das Solidarsystem durch ein geringeres sozialversicherungspflichtiges Bruttogehalt zusätzlich schwächt.

Die Piratenpartei Niedersachsen setzt sich dafür ein, die Förderung der privaten Rentenversicherung durch die sogenannten Riesterverträge zu beenden. Altverträge bleiben davon unberührt. Es ist bereits vielfach nachgewiesen worden, dass die Riester-Rente nur der Versicherungswirtschaft einen Gewinn bringt. Aus Gerechtigkeitsüberlegungen wäre es ebenfalls überlegenswert, dass der Staat mit den gleichen Beiträgen fördert, wenn jemand zusätzlich in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlt.

Wie bewerten Sie den Pflege-Bahr?

Eine konkrete Beschlusslage zu dieser Frage gibt es nicht. Jedoch sagt Dr. Robert Arnold, Listenkandidat der PIRATEN NRW: *"Der "Pflege-Bahr" wird kritisch gesehen, da er in erster Linie der privaten Versicherungswirtschaft nutzt. Der Pflege-Bahr bedeutet eine staatliche Mini-Zulage für eine kleine private, freiwillige und kapitalgedeckte Pflegeversicherung, deren Nutzen zweifelhaft ist. Dabei wird unnötige Bürokratie geschaffen. Wie gut langfristig kapitalgedeckte Sicherungssysteme funktionieren, sehen wir aktuell in der privaten Rentenversicherung, die gerade den Garantiezins abschafft und in der Privaten Krankenversicherung, die mit horrenden Beitragssteigerung Kunden belastet, die den Versicherer praktisch nicht mehr wechseln können, weil sie dann Altersrückstellungen verlieren würden."*

Planen Sie weitere Regulierungen im Finanzvermittlermarkt (Investment, Versicherung, Bausparen o.ä.)?

Eine konkrete Beschlusslage gibt es nicht. Allerdings ist die Diskussion dahingehend, dass für den Verbraucher jederzeit ersichtlich sein muss, wer, wann, wie und welche Provisionen erhält, auch eine transparente Darstellung der Kalkulationsgrundlagen ist erforderlich, um dem Verbraucher zu ermöglichen, die Renditemöglichkeiten und Risiken der Finanzanlage zu beurteilen.

Befürworten Sie eine Börsentransaktionssteuer?

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass eine Finanztransaktionssteuer eingeführt wird. Die Ausschüttung der Steuermehreinnahmen erfolgt in Form eines Sockeleinkommens.

Wie sieht Ihre Position in Bezug auf die Beibehaltung der provisionsgestützten Beratung und Vermittlung von Versicherungsprodukten aus? Wie zum Verbot der Provisionsabgabe an Versicherungsnehmer?

Welche Rolle spielt für Sie in den nächsten Jahren die Honorarberatung im Vermittlermarkt? Führt sie Ihrer Ansicht nach zur Zweiklassengesellschaft (Stichwort „qual. Beratung nur für die, die es sich leisten können/wollen“)?

Wie stehen Sie im Zusammenhang mit MiFID II zu einem Provisionsverbot bei der Finanzvermittlung?

Da alle drei Fragen in die gleiche Richtung zielen, beantworten wir sie wie folgt gemeinsam:

Eine Provisionsberatung sollte gegenüber dem Verbraucher ganz klar die Abhängigkeiten des Vermittlers aufzeigen und transparent und nachvollziehbar sein. Vor allem Freiheit und Transparenz bestimmen das Leitbild zur Finanzordnung der Piratenpartei. Das bedeutet, dass jeder frei sein soll in seiner Entscheidung, gleichzeitig jedoch auch die nötige Transparenz ersichtlich sein soll, um frei entscheiden zu können. Eine Provisionsberatung ist unter dem Aspekt, dass dem Verbraucher gegenüber Abläufe und Abhängigkeiten transparent und verständlich dargestellt werden, eine praktikable Alternative. Auch eine Provisionsberatung hat ihre Schattenseiten. Bei einer ordnungsgemäßen Aufklärung der Bürger, wie Provisionsberatung funktioniert und wer wie profitieren kann, ist jedoch kein Grund für ein Verbot ersichtlich. Dabei ist anzumerken, dass "schwarze Schafe" und Missbrauch der Abhängigkeit des Verbrauchers nicht ausgeschlossen werden können.

Die von der Europäischen Kommission geplanten und von Binnenmarktkommissar Michel Barnier präsentierten größten Einschnitte betreffen eine Ausweitung des Anwendungsumfangs der Neuregelung der Versicherungsvermittlerrichtlinie im Vergleich mit der bislang gültigen ersten Richtlinie von 2002.

Konsequenz dieser Neuerung ist, dass nicht wie bisher lediglich die Versicherungsvermittler von dem Regelwerk betroffen sind, sondern alle Vertriebskanäle. Dies bedeutet, dass auch der Direkt- und der Internetvertrieb unter dem Dach der neuen Vermittler-Richtlinie zusammengefasst würden. In der Interpretation strittig ist aktuell noch, ob dies auch den Vertrieb via Bankschalter umfasst.

Zudem ist eine Verabschiedung der so genannten PRIIPS-Richtlinie vorgesehen, zu der auch die Kapitallebensversicherung zählt. Die Vorlage vereinfachter und standardisierter Produktinformationsblätter (Beipackzettel) vor Vertragsschluss soll verpflichtend eingeführt werden.

Darüber hinaus müssen Vermittler ihre Kunden über ihre Marktposition informieren. Außerdem sind Bestimmungen zur Vermeidung von Interessenkonflikten vorgesehen, die auch die Offenlegung der Vermittlerprovision umfassen. Allerdings soll hierfür im Bereich der Schadenversicherungen eine zusätzliche Umsetzungsfrist von fünf Jahren eingeplant werden.

Politisches Ziel ist die Schaffung eines einheitlichen Rahmens, unabhängig vom gewählten Vertriebsweg.

Die Entwürfe sind eine deutliche Verbesserung im Sinne des Verbrauchers.

Eine Provisionsberatung sollte gegenüber dem Verbraucher ganz klar die Abhängigkeiten des Vermittlers aufzeigen und transparent und nachvollziehbar sein. Vor allem Freiheit und Transparenz bestimmen das Leitbild zur Finanzordnung der Piratenpartei. Das bedeutet, dass jeder frei sein soll in seiner Entscheidung, gleichzeitig jedoch auch die nötige Transparenz ersichtlich sein soll, um frei

entscheiden zu können. Eine Provisionsberatung ist unter dem Aspekt, dass dem Verbraucher gegenüber Abläufe und Abhängigkeiten transparent und verständlich dargestellt werden, eine praktikable Alternative. Auch eine Provisionsberatung hat ihre Schattenseiten. Bei einer ordnungsgemäßen Aufklärung der Bürger, wie Provisionsberatung funktioniert und wer wie profitieren kann, ist jedoch kein Grund für ein Verbot ersichtlich. Dabei ist anzumerken, dass "schwarze Schafe" und Missbrauch der Abhängigkeit des Verbrauchers nicht ausgeschlossen werden können.

Wäre die Abschaffung der Zillmerung von Lebens-/Rentenversicherungen aus ihrer Sicht sozialverträglich?

Zwar gibt es auch zu diesem speziellen Punkt keine konkrete Beschlusslage. Doch es ist als kritisch zu sehen, dass die Kosten und Provisionen mit den ersten Beiträgen verrechnet werden dürfen, was zu den anfangs sehr niedrigen bzw. gar keinen Rückkaufswerten führt. Vielmehr sollten sie gleichmäßig über die Vertragslaufzeit verteilt werden müssen.

Generell: Wie geht es mit dem Euro weiter? Ist er noch zu retten?

Die Europäische Union befindet sich zurzeit in der schwersten Krise seit ihrer Gründung. Die Gemeinschaftswährung Euro konnte die ihr ursprünglich zgedachte Rolle als Motor der weiteren europäischen Integration nicht erfüllen. Auch wenn der Euro sehr positive Beiträge zur europäischen Integration geleistet hat, tragen die eklatanten Konstruktionsfehler der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion im Zuge der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise maßgeblich zur Ausweitung der Ungleichgewichte unter den Eurostaaten bei. Die einseitige europäische Rettungspolitik aus Spardiktaten, Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen stellt einen doppelten Schlag ins Gesicht der Bürger dar: Das mangelhafte Krisenmanagement führt durch die Sozialisierung der Verluste bei gleichzeitiger Privatisierung der Gewinne zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Spaltung zwischen und in den Mitgliedstaaten. Genau das ist das Problem, und das hätte es in ähnlicher Form auch ohne den Euro gegeben! Zudem ist die Krisenpolitik ein undemokratischer Rückschritt im europäischen Integrationsprozess. Die massenweise Finanzierung von Staatsschulden zweifelhaften Wertes über die Europäische Zentralbank (EZB) und den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) lehnen wir PIRATEN strikt ab.

Um die Schuldenkrise in Europa wirksam zu lösen, fordern wir PIRATEN daher die kurzfristige Durchführung frühzeitiger einmaliger Schuldenschnitte von Staatsschulden in der Europäischen Union sowie eine effektive Restrukturierung, und wenn nötig, Rekapitalisierung maroder Banken. Wird nach konsequenter Beteiligung der Eigentümer die Eigenkapitalquote einer Bank zu niedrig, dann soll die betroffene Bank durch Umwandlung von Fremdkapital in Eigenkapital stabilisiert werden. Als letzter Schritt ist eine Verstaatlichung zu prüfen, wenn eine Insolvenz aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Folgewirkungen ausscheidet. Eine Abfederung sozialer Einschnitte durch den Schutz von Kleinanlegern bzw. privater Renten- und Lebensversicherungen ist bis zu einem noch festzulegenden Höchstbetrag zu gewährleisten. Die Europäische Union kann ohne Solidarität nicht bestehen. Um die wirtschaftlich angeschlagenen Eurostaaten auf die Beine zu bringen, fordern wir PIRATEN daher einen „Marshall-Plan für Europa“ – ein Aufbau- und Investitionsprogramm, das sowohl die kurzfristige Konjunkturentwicklung fördert als auch das längerfristige Wachstumspotenzial stärkt. Ziel ist der Umbau und die Modernisierung der europäischen Volkswirtschaften hin zu einer energieeffizienten und ressourcenschonenden Wirtschaftsstruktur. Zur Wiederherstellung rechtsstaatlicher und marktwirtschaftlicher Prinzipien in der EU muss eine unabhängige Überprüfung und gegebenenfalls Rückabwicklung aller erfolgten Rettungsmaßnahmen

für Finanzinstitute und öffentlicher Haushalte durchgeführt werden. Hierzu bedarf es der Offenlegung aller diesbezüglichen Geldflüsse.

Zu guter Letzt (Finanzdienstleister machen zahlreiche Kundenbesuche): Wie stehen Sie zu einem Tempolimit auf den deutschen Autobahnen?

Dazu gibt es noch keinen Bundesbeschluss. Jedoch sagen die Piraten NRW:»Die *PIRATEN* lehnen ein generelles Tempolimit auf Autobahnen ab, da dies unserem freiheitlichen Anspruch widerspricht. Der überwiegende Teil deutscher Autobahnen ist ohnehin schon tempolimitiert. Viele Autobahnabschnitte auch, um Autofahrer zur Kasse zu bitten.

Wo es nötig ist, etwa wegen Gefahrenstellen oder zum Lärmschutz, gibt es Geschwindigkeitsbeschränkungen. Weitere Limitierungen lassen sich nicht vermitteln. Stattdessen fordern die *PIRATEN* flexible Tempolimits, die an die jeweilige Verkehrssituation angepasst sind. Bei hohem Verkehrsaufkommen lässt sich durch passend gesetzte Geschwindigkeitsbeschränkungen der Verkehr im Fluss halten, während die Limits bei freier Strecke aufgehoben werden können.« Verbote werden tendenziell von Piraten eher abgelehnt.